

Weichenstellung für das Wahljahr

In fünf deutschen Bundesländern werden die Karten 2011 neu gemischt

VON MARC SCHLAMMES

Bestätigung der Vorsitzenden und des Generalsekretärs, Wahl von drei neuen Stellvertretern, Verabschiedung verdienstvoller Landesfürsten, Rückendeckung für einen angeschlagenen Finanzminister und einen neuen Ministerpräsidenten, Auftritt von Altkanzler Kohl: Der CDU-Parteitag in Karlsruhe stand ganz im Zeichen parteiinterner Personalpolitik.

Angela Merkel wird den Karlsruher Kongress in guter Erinnerung behalten. Mehr denn je hält sie die Zügel der CDU fest in ihren Händen. Mit 90,4 Prozent verbucht die Parteichefin zwar das zweit-schlechteste persönliche Ergebnis seit ihrer Amtsübernahme vor zehn Jahren. Weitaus wichtiger ist aber, dass von den vier Stellvertretern niemand bei den rund 1 000 Delegierten auf mehr Zustimmung trifft als die Vorsitzende selbst. Merkel bleibt also die Nummer eins.

Auf eine klare Nummer zwei wollen sich die Stimmberechtigten nicht festlegen. Umweltminister Norbert Röttgen kann aber zumindest einen Teilerfolg verbuchen –

und Ursula von der Leyen hinter sich lassen, die sich mit ihrer PID-Position nicht durchsetzen kann. Der ambitionierten Arbeitsministerin hat Röttgen zudem voraus, dass er sich als CDU-Chef in Nordrhein-Westfalen auf den stärksten Verband berufen kann – dessen Mitglieder ihm in einer Urabstimmung zu Monatsanfang das Vertrauen aussprachen.

Lachender Dritter im Kampf um die Kanzlerin-Nachfolge kann am Ende der Verteidigungsminister sein. Vor dem Parteitag der Schwesterpartei wartet CSU-Star Karl-Theodor zu Guttenberg mit einer perfekten Performance auf. Mit Regierungskollege Röttgen hat zu Guttenberg gemein, dass er sich in puncto politische Ambitionen nach außen bedeckt hält – und die Karriereplanung dennoch zielstrebig vorantreibt.

Rede und Resultat von Angela Merkel sorgen erst einmal dafür, dass sich nach Karlsruhe die Kanzlerfrage nicht stellt. Nicht mehr stellen soll sich die Schäuble-Frage. Sowohl die Bestätigung als Präsidiumsmitglied (85,64 Prozent) als auch der Beifall der Parteigänger

bei seinem Kurzauftritt am Kongress dienen als sicheres Indiz, dass Wolfgang Schäuble vorerst Finanzminister und Thomas de Maizière Innenminister bleibt. „Ich bin bereit, meinen Dienst weiter zu leisten so gut wie ich es kann“, gibt sich Schäuble gewohnt kämpferisch.

Lediglich Julia Kloeckner schneidet bei der Wahl der sieben Präsidiumsmitglieder besser ab als Wolfgang Schäuble. Mit dem besten Ergebnis des Tages (94,3 Prozent) ist die neue rheinland-pfälzische Landeschefin die eigentliche Wahlsiegerin. Nun träumt sie gar vom „Doppelsieg“ am 27. März 2011.

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg läuten ein Jahr mit fünf Landtagswahlen ein. Anders als Kloeckner sind nicht wenige Delegierte von der Sorge getrieben, dass der 27. März in Stuttgart zu einem Albtraum wird mit dem Regierungsverlust im CDU-Stammland schlechthin. Man will partout nicht jenes elektorale Szenario erleiden, wie es der SPD 2005 geschah, als Jürgen Rüttgers das rote Nord-

rhein-Westfalen für die CDU eroberte und Neuwahlen folgten.

Im Gegensatz zu Julia Kloeckner bläst Stefan Mappus ein eisiger Wind ins Gesicht. „Stuttgart 21“ beschert ihm den schwersten Start aller Neu-Ministerpräsidenten, die die CDU in den zurückliegenden zwölf Monaten ins landespolitische Rennen geschickt hat. Daran ändert auch der aufmunternde Applaus beim Heimspiel nichts.

PID und Wehrpflicht

Mit knapper Mehrheit sprechen sich die Delegierten gegen die Präimplantationsdiagnostik aus. U. a. Kanzlerin Angela Merkel befürwortet das Verbot. Bei der PID sollen im Reagenzglas erzeugte Embryonen vor der Einpflanzung in den Mutterleib auf Erbkrankheiten untersucht und gegebenenfalls aussortiert werden. PID-Verfechter wollen damit Geburten von schwer behinderten Kindern vermeiden.

Die Wehrpflicht, einst von der Union eingeführt, wird ausgesetzt – sie bleibt indes im Grundgesetz eingeschrieben, so der mehrheitliche Beschluss. Die CSU verabschiedete die Guttenberg-Reform schon im September. (mas)

„Aufbruchstimmung“

CSV-Generalsekretär Marc Spautz beim CDU-Parteitag

„Dieser Kongress lebt von seiner parteiinternen Aufbruchstimmung“, so Marc Spautz. Die Parteivorsitzende Angela Merkel habe eine „dominante Rede“ gehalten und sich kämpferisch gezeigt. Auch wenn die einzelnen Wahlgänge „wie gehabt“ verlaufen seien, ließen die Ergebnisse darauf schließen, dass in der CDU zwischen zehn und 15 Prozent gegen Merkel seien, bilanziert der CSV-Generalsekretär. Dadurch dass bei der Stellvertreter-Wahl drei Kandidaten sehr nahe beieinander liegen würden, sei zudem keine Vorentscheidung in der Merkel-Nachfolge gefallen. Das bemerkenswerte Abschneiden von Julia Kloeckner wertet Spautz als „gutes Zeichen“ im Hinblick auf die Landtagswahlen im Nachbar-Land Rhein-

land-Pfalz. Allerdings komme es am 27. März auch auf das Gesamtergebnis der CDU und das Ergebnis des potenziellen Koalitionspartners FDP an.

Als „denkwürdig“ bezeichnet Marc Spautz den Auftritt von Karl-Theodor zu Guttenberg mit seiner Rede zur Bundeswehrreform – „normalerweise ist der Schwesterpartei CSU lediglich ein Grußwort gestattet“ – und die Präsenz von Helmut Kohl bei der Abschlussveranstaltung am Abend.

Beeindruckt zeigt sich Spautz von der Dimension des Parteitages mit seinen rund 1 000 Delegierten – und dass eine ganze Messehalle Sponsoren vorbehalten ist, die den Parteitag finanzieren. „Mit dem luxemburgischen Parteienfinanzierungs-gesetz ist das nicht denkbar.“ (mas)



Schavan und Spautz: Die Ministerin und Merkel-Vertraute Annette Schavan wurde als Stellvertreterin der Parteivorsitzenden bestätigt. (FOTO: M. SCHLAMMES)



von der Leyen



(FOTO: AFP (2), REUTERS)

Altmaier: Die CDU ist mit sich im Reinen

Der parlamentarische Geschäftsführer bilanziert den Parteitag und ein Jahr Schwarz-Gelb

INTERVIEW: MARC SCHLAMMES

Im Interview mit dem „Luxemburger Wort“ lässt Peter Altmaier, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, den Bundesparteitag Revue passieren – „die CDU hat zu sich gefunden“ – und blickt auf das erste Jahr Schwarz-Gelb zurück – „wir haben nicht ausreichend funktioniert“. Zufrieden zeigt sich der Saarländer hingegen mit dem „Experiment“ der Jamaika-Koalition unter Führung von Ministerpräsident Peter Müller.

■ Welche Signalwirkung soll vom Bundesparteitag für den „Herbst der Entscheidungen“ ausgehen?

Die CDU hat zu sich gefunden und ist mit sich im Reinen. Wir sind bereit zu kämpfen, um die politische Meinungsführerschaft in Deutschland. Es ist bei diesem Parteitag klar geworden, dass das große Thema der Auseinandersetzung der kommenden Monate sein wird, ob die Politik die Kraft findet, politische Gestaltungsentscheidungen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Das hat Angela Merkel in einer kämpferischen Rede klar gemacht und eine breite Unterstützung bekommen.

■ Angela Merkel verweist in ihrer Rede darauf, dass sich die Bilanz von CDU/CSU und FDP in der Sache sehen lässt, nicht aber im Stil. Wie wird sich der Regierungsstil denn nun ändern?

Das erste Jahr war deshalb schwierig, weil die Zusammenarbeit der Koalitionspartner nicht ausreichend funktioniert hat, weil es im Stil der Zusammenarbeit

schwere Mängel gegeben hat und weil wir auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise nicht die Erwartungen erfüllt haben, die die Menschen an uns gerichtet haben. Nun hat sich die Situation grundlegend geändert. Die Koalitionsparteien haben gemeinsam in den Abgrund geschaut und haben daraus die nötigen Schlüsse gezogen. Das heißt, der Umgang ist fairer und korrekter geworden und wir bringen es fertig, nach außen darzustellen dass wir gehandelt haben. Beispiele sind die Gesundheitsreform, die Reform der Hartz-IV-Gesetze und die Haushaltskonsolidierung.

■ Wie wollen Sie für die Zukunft verhindern, dass sich „Stuttgart 21“ anderweitig wiederholt? Gerade das Bahnprojekt offenbart ja einen besorgniserregenden Graben zwischen Bürgern einerseits, politischen Instanzen andererseits.

In einer demokratischen Gesellschaft kann man nie verhindern, dass es auch dann noch Widerstand gibt, wenn der Instanzenweg abgeschlossen ist. Trotzdem ist es Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass in einem frühen Stadium ausreichend diskutiert wird und dass Entscheidungen, die daraufhin getroffen werden, auch durchgesetzt werden. Auch das gehört zur Demokratie. Der Erfolg Deutschlands in der Globalisierung hängt auch davon ab, ob wir imstande sind, Großprojekte mit den Menschen zu diskutieren und anschließend durchzusetzen.

■ Auffallend ist, dass sämtliche Redner teils heftige Kritik an den Grünen übten. Ist dies als Reaktion auf das andauernde Umfragehoch zu

verstehen oder werden die Grünen nunmehr als der große politische Konkurrent betrachtet?

Ich glaube, das hängt sehr stark damit zusammen, dass die SPD dabei ist, den Anspruch als Volkspartei aufzugeben. Sie ist in der politischen Debatte in die Defensive geraten und ist dabei, den zweiten Platz im politischen Spektrum an die Grünen zu verlieren. Deshalb ist es richtig, dass wir die Auseinandersetzung mit den Grünen suchen. Ich selbst gehöre zu denjenigen in der CDU, die vor Jahren schon für Gespräche mit den Grünen und eine Öffnung zu den Grünen plädiert haben. Allerdings sind wir alle in der Union der Auffassung, dass eine Zusammenarbeit nur dann möglich sein kann, wenn es politische Gemeinsamkeiten gibt. Das ist im Augenblick schwerer geworden, weil die Grünen fast überall nur noch die Gegenposition beziehen und gegen Projekte kämpfen. Deshalb müssen wir diese Diskussion führen – auch



Peter Altmaier (FOTO: LW-ARCHIV)

um die bürgerlichen Kräfte, die es bei den Grünen gibt, zu stärken.

■ In deutlichen Worten hat die Kanzlerin die Haushaltspolitik beschrieben und, damit einhergehend, Finanzminister Wolfgang Schäuble den Rücken gestärkt. Werden die Spekulationen um die Zukunft Schäubles damit ein Ende nehmen?

Wolfgang Schäuble hat nach seiner kurzen Rede sehr viel Applaus bekommen. Er steht für die Finanzpolitik, die Angela Merkel in ihrer Rede verteidigt hat und deshalb gehe ich davon aus, dass dieser Parteitag einen Beitrag leistet, die Spekulationen um Wolfgang Schäuble und die öffentliche Debatte um seine Person zu beenden.

■ Ein Jahr Schwarz-Gelb im Bund. Ein Jahr Jamaika an der Saar. Wie hat sich die schwarz-gelb-grüne Koalitionspremiere nach Ihrem Empfinden bewährt?

Die Jamaika-Koalition war ein Experiment, das der Wähler uns diktiert hat, weil es andernfalls nur eine rot-rot-grüne Koalition gegeben hätte. Es gab anfangs viel Skepsis. Inzwischen muss man sagen, dass diese Koalition besser funktioniert als erwartet. Das ändert nichts daran, dass einzelne Partner wie die FDP interne Schwierigkeiten haben. Das hat die Arbeit der Regierung an der Saar aber nicht gelähmt. Für uns ist sehr wichtig, dass das Saarland ein verlässlicher Partner für Luxemburg bleibt und wir die gemeinsamen Projekte fortführen. Dafür steht diese Jamaika-Koalition. Ich glaube, dass diese Koalition, wenn sie langfristig Erfolg hat, auch ein Modell für andere Bundesländer sein kann.